

# Der chinesische Weg auf der neuen Seidenstrasse

... und was die Schweiz dazu beitragen könnte.



Dunhuang in der chinesischen Provinz Gansu war einst ein wichtiger Ort auf der historischen Seidenstrasse.

# Belt & Road: Chinas industriepolitische Strategie für's 21. Jahrhundert

Von Christian Walsøe

Fotos: © Tang Sun

China hat sich in den letzten Jahren in einer Geschwindigkeit verändert, die man sich in unserer westlichen Welt gar nicht vorstellen kann. Dabei war spannend zu beobachten, wie sich das Vertrautwerden mit dieser Entwicklung und der 5000 Jahre alten Kultur auch auf die eigene Sichtweise auswirkte.

Dass sich der Sino-Marxismus der chinesischen Art als politische Staatsform durchsetzte und heute stärker denn je praktiziert wird, ist und war für viele im Westen erstaunlich. Der stark hierarchische Sino-Marxismus als Staatsform wird von vielen, die es heute in China zu etwas Wohlstand gebracht haben, als die für dieses Riesenreich geeignete und legitime Staatsform angenommen. Die Führung wird nicht gewählt, sie muss sich ihre Position verdienen – die Bürger Chinas leben in einem meritokratischen, nicht demokratischen System. Nur wir im Westen, v.a. in den USA, meinten, der seit der Öffnung Chinas zugelassene Kapitalismus würde dann schon zu einer Liberalisierung und Demokratisierung des Reichs der Mitte führen – wir sollten irren.

Wenn wir die jahrtausendalte Geschichte Chinas näher anschauen, ist diese Entwicklung nicht ganz überraschend: Xi Jinping darf durchaus mit einem chinesischen Kaiser verglichen werden, denn er herrscht wie ein Kaiser über eine grosse Kollektivgesellschaft von über 1.4 Mrd. Menschen.

So stehen wir als Schweizer, die wir eine westliche Welt gewohnt sind, in China vor einem Psychogramm einer in vielem anderen Kultur. Auch bei uns ist die Familie wichtig, doch es gilt gleichzeitig ein stetes Abwägen der individuellen Interessen und Entfaltungsmöglichkeiten. Auch der Staat China muss heute immer wieder Eingeständnisse in Bezug auf die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen machen, aber er behandelt seine Bürger als Kollektivgesellschaft – das Wohlbefinden der Gesellschaft ist der politischen Führung wichtiger als das des Einzelnen. In Medienberichten lesen wir über Menschen, die man aus ihrem angestammten Umfeld herausgerissen und ihre Lebensgrundlagen zerstört hat, um für eine viel grössere Anzahl Menschen ganze neue Stadtteile zu bauen und Industrien anzusiedeln.

«Ich liebe mein Land, aber mein Land liebt mich nicht» höre ich in Einzelgesprächen in China immer wieder. Dass die chinesische Führung dem Gemeinwohl eine grössere Bedeutung zukommen lässt als dem Schicksal einzelner Menschen oder Minoritäten, damit tun wir uns schwer. Dies entspricht nicht unserer Definition von Menschenrechten, aber der chinesischen. In China schützen Menschenrechte die Gesellschaft nicht den Einzelnen, das ist sogar in der chinesischen Verfassung verankert.

China bleibt ein Land der Widersprüche. Diese müssen wir verstehen. Nicht umsonst fokussiert sich die kommunistische Partei Chinas auf der Beseitigung des wichtigsten Hauptwiderspruchs, alle anderen Widersprüche bleiben untergeordnet und lösen sich dann als Konsequenz des Hauptwiderspruches auf: Seit 2017 ist der offizielle Hauptwiderspruch die Diskrepanz «zwischen den wachsenden Bedürfnissen des Volkes nach einem schöneren und guten Leben und der unausgewogenen und ungenügenden Entwicklung». Also qualitative Verbesserung und nicht mehr nur quantitative Ziele. Letztere werden allerdings immer noch von vielen chinesischen Delegatio-

nen im Westen fast gebetsmühlenartig vorgetragen und die westlichen Konjunkturforscher hoffen weiter auf die quantitative Wachstums-Lokomotive China.

Das sehr Nahe-Aufeinander-Leben prägt die Menschen in China, ihr Raum für Rückzug oder Intimsphäre ist sehr klein. Dazu kommt ein enormer Konkurrenzkampf, der bis zur Rücksichtslosigkeit führen kann. Als Konsequenz hat der neue Mittelstand in China mit den Überwachungsmaßnahmen viel weniger Probleme als wir hier in Europa. Wenn dadurch ein geordneteres Zusammenleben und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum entsteht, ist das für sie ein Fortschritt. Dass diejenigen, die sich gegen Missstände der Regierenden wehren oder sich nicht sinisieren lassen wollen – und damit im «Social Rating» nach unten fallen – wird von der Mehrheit der Han-Chinesen akzeptiert. Nicht sinisierte (muslimisch geprägte) Minderheiten oder investigative Journalisten haben es im heutigen China schwer, sie werden ausgegrenzt, gesellschaftlich marginalisiert oder in (Um)-Erziehungslager gesteckt.

Meist wissen wir im Westen auch nicht so viel über die geografischen Besonderheiten Chinas. Das Land hat rund fünf Mal weniger Wasser zur Verfügung als die USA, und das mit der gleichen Fläche, aber einer mehr als doppelt so hohen Bevölkerung. Darum ist Tibet als Wasserschloss für China so wichtig. Das Wasser ist zudem ungleich im Land verteilt und trotz staatlichen Kampagnen immer noch stark verschmutzt. Besonders negativ waren die Auswirkungen der Wasserknappheit auf die Entwicklung der Agrarwirtschaft in China.

Präsident Xi Jinping setzt jetzt alles daran, die küstenfernen Provinzen aufzuwerten, in denen viele unterprivilegierte Menschen wohnen oder sich als Wanderarbeiter irgendwo in China (oder vermehrt im Ausland) verdingen müssen. Das soziale Gefälle zu den reichen Küstengebieten soll verkleinert werden. In den westlichen und nördlichen Provinzen sollen die chinesischen Handelsräume ausgeweitet und wertschöpfungsintensive Produktionen aufgebaut werden. Die Regierung hat erkannt, dass bis zu 800 Mio. Menschen von der «Mittelstandsfalle» bedroht sind, wenn in diesen ärmeren Provinzen nicht wertschöpfungsintensivere Arbeitsstellen geschaffen werden. Aus Wanderarbeiter werden nicht sofort Facharbeiter, Fachkräfte werden in China noch viel mehr fehlen als bei uns, da die Überalterung Chinas das Land vor grosse Herausforderungen stellen wird. Und die Weiterentwicklung «von oben nach unten» bei tieferen Wachstumsraten wird Chinas private und staatliche Geschäftswelt zusätzlich herausfordern.

China konnte die enorm rasche Entwicklung von einem Agrarstaat zur zweitgrössten Wirtschaftsmacht bis heute nur leisten, weil das politische System sehr schnelle Entscheide erlaubte. Diese unvorstellbare Geschwindigkeit ist einerseits faszinierend, gibt aber andererseits auch zu denken.

Mit den Belt & Road-Projekten hat China dieses Tempo im Ausland fortgesetzt. Mit Krediten der speziell dazu geschaffenen Fonds und Banken wurden die Belt & Road-Projekte mit den ausländischen Regierungen ausgehandelt, aber ohne ausreichenden Einbezug der lokalen Bevölkerung und weitgehend ohne die Berücksichtigung internationaler Normen und Partner, ohne Umweltanalysen und notwendige umweltschonende Massnahmen. Nun aber beginnen sich neue, demokratisch gewählte Regierungen der «betroffenen» Länder zu wehren,

Umweltstünden werden erkannt und auch mit der Geldschöpfung für ausländische Belt & Road-Projekte muss China heute sorgfältiger umgehen.

---

## **«Belt & Road» umfasst viel mehr als den Aufbau einer landgestützten Infrastruktur von Zentralasien nach Europa und Afrika sowie einer maritimen Seidenstrasse**

---

Wenn die chinesische Führung von der Entstehung einer «Schicksalsgemeinschaft» spricht, ist dies nicht nur politische Rhetorik. China möchte zum Marktführer von neuen Wertschöpfungsketten avancieren, weil Marktführer sehr viel besser die Bedingungen von Wertschöpfungsketten bestimmen können. Ganz anders als nur Zulieferer zu sein. Man will in China sowie im befreundeten Ausland produzieren und Millionen von Arbeitsplätzen erhalten, bzw. neue schaffen. Das Projekt «Seidenstrasse» ist Ausdruck der politisch abgesegneten, länderübergreifenden Industriepolitik Chinas. So wird in Sri Lanka zurzeit eine neue Stadt aufgebaut, die Lebens- und Arbeitsraum für 300'000 Menschen bieten soll, auch zum Nutzen Chinas. In Pakistan sollen fünf Kohlekraftwerke und zwei Atomkraftwerke gebaut werden, dazu eine Ölpipeline und eine Gebirgsstrasse nach Xinjiang. Wichtig ist vor allem der Hafen Gwadar im Süden Pakistans, der die chinesische Versorgung und den Handel unabhängiger von der Meerenge von Malakka machen soll. Eine entwickelte Landwirtschaft in Pakistan soll pflanzliche Rohstoffe liefern, die Chinas Provinz Xinjiang braucht, um zum führenden höherwertigen Textilproduzenten Asiens zu werden. Der Dialog mit Pakistan mag zwar gebremst werden, wenn die Korruption bei diesen Projekten Dimensionen annimmt, die Präsident Xi Jinping nicht duldet, aber er wird weitergeführt.

Die Chinesen haben in den Ländern, in denen sie tätig sind, die Infrastruktur wesentlich verbessert und somit eine gute Voraussetzung für den Wohlstand der Bevölkerung geschaffen. Die Chinesen gehen aber weiter. Sie ermöglichen diesen Ländern eigene Fabriken zu bauen und zu betreiben. Diese Länder sollen Zulieferer für China werden. China versucht sich die Bereiche mit höherer Wertschöpfung zu sichern, überlässt, bzw. fördert aber die «tieferen» Wertschöpfung in den Partnerländern. Das haben wir Europäer in den kolonialisierten Ländern nicht gemacht. Wir haben die Menschen als Rohstoff gesehen und haben ihre Ressourcen zu möglichst billigen Kosten abgebaut und zu uns geholt. Die Chinesen machen das anders. Sie bauen in den Partnerländern die Infrastruktur auf. Das geschieht nicht kostenlos, sondern mit langfristigen Lieferverträgen. Noch bis vor ein paar Jahren gab es z.B. innerhalb von Afrika keine bedeutenden horizontalen Verkehrsverbindungen. Die Chinesen bauen zurzeit von Angola aus quer durch Afrika eine solche Verkehrsinfrastruktur aus. Und in Äthiopien und Somalia werden Textilbetriebe und andere wertschöpfungsintensive Produktionen mit chinesischer Hilfe und Ausbildung angesiedelt.

Zurück zu uns und Europa: In der Schweiz finden die Chinesen unsere Städte schön und haben Freude an den Bergen und Seen, haben aber andererseits den Eindruck, dass alles hier und in der westlichen Welt sehr langsam vorangeht. Tatsächlich dauern viele Baustellen der öffentlichen Hand viel zu lange, womit sie auch teurer werden. Das ist u.a. das Resultat unseres politischen Systems. Es ist oft kompliziert, Projekte umsetzen zu können, weil viele Partikularinteressen ab-

gewogen werden müssen. Viele Chinesen halten deshalb unser Demokratiesystem für träge und wenig effektiv. Dass wir aufgrund stabiler politischer Rahmenbedingungen, der Innovationskraft, aber auch unserer hohen ethischen Ansprüche und Verlässlichkeit einen hohen Qualitäts- und Lebensstandard erreicht haben, ist vielen Chinesen nicht bewusst, weil es diese Traditionen in ihrer Geschichte nicht gibt.

Für die Schweiz ist die EU immer noch der nächste und wichtigste Kultur- und Handelspartner. Die EU muss zurzeit schwierige Hürden nehmen und es gibt viele interne Kämpfe, die die EU als gespalten und schwach dastehen lassen. Das nutzen die Chinesen aus. Was macht China in Italien? Italien ist bereit, sich auf eine Zusammenarbeit mit China einzulassen, weil sich das Land von der EU nicht richtig behandelt fühlt. Ähnliches passiert in Osteuropa mit der neuen Eisenbahnstrecke zwischen Budapest und Belgrad oder in Griechenland mit dessen Hafeninfrastruktur. Die EU rümpft dabei die Nase. China arrangiert sich damit.

Wie bei der Elektromobilität und dem autonomen Fahren wollen die Chinesen an die Spitze und Europa muss sich Mühe geben, um mithalten zu können. Das gestiegene Selbstbewusstsein Chinas und die Verlagerung der wirtschaftlichen Dynamik nach Asien werden Europa und die Schweiz künftig mehr herausfordern. Die strategischen Interessen Chinas betreffen uns ganz direkt. China hat unlängst sein grösstes Direktinvestment im Ausland getätigt, mit dem Kauf von Syngenta in Basel. China will seine Landwirtschaft verbessern und die Syngenta-Technik nach China bringen. Bei dieser Transaktion sind viele Menschen und auch die Politik aufgeschreckt, aber wäre ein Kauf durch die amerikanische Monsanto besser für Basel gewesen?

Was immer in China passiert, hat also Auswirkungen auf Europa und somit auch auf die Schweiz. Chinas Rolle wird immer wichtiger und seine Geschwindigkeit verunsichert selbst die USA. 5G oder die Elektroautoindustrie sind die besten Beispiele. Die USA oder Deutschland sind gerade dabei, hier die Führerschaft zu verlieren. Jahrelang haben die USA nichts unternommen, um ihre eigene Industrie auf Vordermann zu bringen, sondern haben ihre Produktion nach China und andere asiatische Länder verlagert.

Für mich als Schlussfolgerung: Das Ziel des Projektes «Seidenstrasse» oder «Belt & Road» ist viel umfassender als das, was wir hier im Westen mitbekommen. Nur grundlegend geht es um den Bau einer landgestützten Infrastruktur von Zentralasien nach Europa und Afrika sowie einer maritimen Seidenstrasse mit einem jeweils gigantischen Projektvolumen, Belt & Road ist das «Marketing-Label» für die globale und langfristige Industrie- und Handelspolitik Chinas.

Präsident Xi Jinping hat an der letzten Belt & Road-Konferenz vor einem internationalen Publikum im April dieses Jahres Besserung versprochen: Internationale Partner sollen einbezogen und Umweltaspekte berücksichtigt werden. Bundespräsident Maurer war an der Konferenz anwesend und hat danach ein «Memorandum of Understanding (MoU)» mit den chinesischen Behörden abgeschlossen. Auch wenn dies nur eine unverbindliche Absichtserklärung ist: Es ist eine besondere Chance für die Schweiz, sich mit ihrem Knowhow und ihrem Bewusstsein über die Bedeutung ökologischer, ökonomischer und sozialer Zusammenhänge in den «Belt & Road»-Prozess einzubringen – die Schweiz, die in China ein gutes und verlässliches Image genießt!

Ein ausführliches Interview mit Christian Walsøe zu diesem Thema, das Christian Dübli, lic. iur., Executive MBA Universität St.Gallen, geführt hat, ist hier nachzulesen: <https://xexecutives.net/christian-walsole-ueber-den-wirtschaftsgiganten-china-und-dessen-globale-wirtschaftspolitik>



**Christian Walsøe**, Dipl.Ing ETH, MBA, Gründer des Efficiency China Forum Basel und Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-China